

DHH 2026/2027 - Zusatzanträge der Ortschaftsräte - Stellungnahme der Verwaltung				
Lfd. Nr.	Maßnahme und Antrag (in Kurzform)	beantragte Mittel	GR-Vorlage 15.12.2025 Anlage/lfd.Nr.	vorläufige Stellungnahme der Verwaltung und ggf. Beschlussvorschläge
Bohlsbach				
	keine Anträge			
Bühl				
1	Planungsmittel Entwicklungskonzept Ortsmitte Bühl Mittel sollen bereits in 2026 eingestellt werden, damit die Konzeption der Ortsmitte mit der Überplanung des Spielplatzes aufeinander abgestimmt werden kann	30 T€	Anlage 8 Nr. 12	Mit dem neu errichteten Bürgerhaus und der nun kommenden Weiterentwicklung des ehemaligen Pfarrhauses mit Pfarrgarten am Kirchplatz, wurden und werden noch große Schritte für eine hoch attraktive Ortsmitte gemacht. In Anbetracht ebenfalls wichtiger Ortsentwicklungen in anderen Ortsteilen müssen Maßnahmen in anderen Ortschaften priorisiert werden. Die Integration der Überplanung des Spielplatzes im Talackerweg in das Gesamtumfeld wird selbstverständlich berücksichtigt. Alternativ wäre die Überplanung des Spielplatzes Talackerweg zurückzustellen, was jedoch aus Sicht der Verwaltung nicht zu empfehlen ist. Die Verwaltung empfiehlt keine Veränderung der bisherigen Planungen. Beschlussvorschlag: Die Planungsmittel verbleiben in Stufe II. Die Integration der Überplanung des Spielplatzes Talackerweg in das Gesamtumfeld wird berücksichtigt.
Elgersweier				
2	Erneuerung Beleuchtung Festhalle Maßnahme soll priorisiert und sofort umgesetzt werden	15 T€	Anlage 8 Nr. 23	Bei der Maßnahme handelt es sich um eine wünschenswerte Maßnahme. Allerdings haben andere städtische Gebäude mit hoher Auslastung, wie Schulen und Kindertagesstätten, eine höhere Priorität und müssen daher vorrangig umgesetzt werden. Die bisherige Priorisierung soll aus Sicht der Verwaltung beibehalten werden. Beschlussvorschlag: Die bisherige Priorisierung bleibt unverändert.
3	Medien Festhalle Maßnahme soll priorisiert und sofort umgesetzt werden	8 T€	Anlage 8 Nr. 24	Die Umsetzung der gewünschten Beschaffungen kann zeitnah über das Budget der Ortschaft erfolgen. Derweil gibt es kostengünstige Varianten, die den heutigen Standards gerecht werden. Üblicherweise werden solche Anschaffungen aus OV-Budgetmitteln und vorhandene Budgetüberträgen finanziert, was aus Sicht der Verwaltung in Elgersweier machbar sein dürfte. Beschlussvorschlag: Die Beschaffung kann über OV-Mittel erfolgen.
4	Fertigstellung der Umgestaltung des Schulhofs Gesamtsanierung einschließlich der Außenanlage soll zeitnah abgeschlossen werden	200 T€	Anlage 8 Nr. 26	Ein Großteil des Schulhofs wurde bereits saniert und umgestaltet, sodass der überwiegende Teil des Schulhofes in einem sachgerechten Zustand ist. Alle Schulhöfe werden regelmäßig begangen. Selbstverständlich werden Gefahrenstellen umgehend beseitigt. Andere Schulhöfe wurden bislang weder teilsaniert noch umgestaltet, weshalb diese im DHH 2026/2027 prioritär zu behandeln sind. Die Verwaltung schlägt jedoch vor, die Maßnahme zum DHH 2028/2029 neu zu bewerten. Beschlussvorschlag: Die Maßnahme wird zum DHH 2028/2029 neu bewertet.
Fessenbach				
	keine Anträge			
Griesheim				
5	Sanierung der Toiletten im Feuerwehrhaus dringender Handlungsbedarf besteht und Verschiebung ist nicht akzeptabel	25 T€	Anlage 8 Nr. 44	Die Feuerwehr Griesheim ist mittlerweile mit ihren Aktiven im Feuerwehrhaus Nord stationiert. Das alte Feuerwehrhaus und die Toiletten werden punktuell weiterhin genutzt und sind funktionsfähig bzw. werden ggf. funktionsfähig gehalten. Nach Auffassung der Verwaltung besteht zumindest kein dringender Handlungsbedarf - es wird vorschlagen, dass eine Neubewertung zum DHH 2028/2029 erfolgt. Beschlussvorschlag: Die Maßnahme wird zum DHH 2028/2029 neu bewertet.
6	Sanierung Parkplatz Lagerplatz Griesheim Anlegung und Markierung der Parkplätze	40 T€	Anlage 8 Nr. 45	Nach erneuter Prüfung bleibt die Verwaltung dabei, dass der Zustand des Parkplatzes bei der Lagerhalle ausreichend und zweckdienlich ist. Die Verwaltung schlägt vor, durch organisatorische Maßnahmen und Appelle an die Eltern eine ordnungsgemäße Abwicklung zu erwirken. Zur besseren Orientierung des Platzes können Stellplätze aus dem Budget FB6 markiert werden. Beschlussvorschlag: Der Lagerplatz erhält zur besseren Orientierung eine Fahrbahnmarkierung. Zudem werden organisatorische Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Nutzung getroffen.
7	Erneuerung der Kinzigbrücke in der Hesselhurster Straße in Griesheim verwaltungstechnische Vorarbeiten sollen erledigt werden	3.600 T€	Anlage 8 Nr. 46	Derzeit werden eine Vielzahl von Brückenbaumaßnahmen verwaltungsseitig bearbeitet. Der Zustand der Brücke ist der Verwaltung bekannt, auch welche Maßnahmen zu gg. Zeit erforderlich werden. Allerdings sind andere, deutlich mehr frequentierte Brücken vorrangig noch zu erledigen. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass diese Maßnahme in Stufe II weiterhin richtig kategorisiert ist. Beschlussvorschlag: Die Mittel verbleiben in Stufe II.
8	Sanierung des Wohnhauses beim Alten Kindergarten, Zum Gottsacker 2 Klärung der Kita-Lagerflächen	-	Anlage 8 Nr. 47	Eine Generalsanierung zu privaten Wohnzwecken ist für die Stadt nicht wirtschaftlich. Eine Veräußerung, ggf. auch im Rahmen einer Konzeptvergabe, wäre denkbar. Die Verwaltung wird prüfen, wie groß der Lagerbedarf der Kita ist und wo dieser gedeckt werden kann, sodass danach ein zügiger Verkauf des Gebäudes erfolgen kann. Beschlussvorschlag: Der Lagerbedarf der Kita wird zügig geprüft, sodass ein Verkauf der Gebäudes zeitnah erfolgen kann.

DHH 2026/2027 - Zusatzanträge der Ortschaftsräte - Stellungnahme der Verwaltung				
Lfd. Nr.	Maßnahme und Antrag (in Kurzform)	beantragte Mittel	GR-Vorlage 15.12.2025 Anlage/lfd.Nr.	vorläufige Stellungnahme der Verwaltung und ggf. Beschlussvorschläge
Rammersweier				
	keine Anträge			
Waltersweier				
9	Sanierung der Lindenstraße in Waltersweier schnelle Realisierung aufgrund von schlechtem baulichen Zustand	1.500 T€	Anlage 8 Nr. 62	Eine kurzfristige Realisierung ist aufgrund des zu erwartenden großen Umfangs nicht möglich. Ein umfangreiches Planungskonzept wird benötigt, weshalb auch Planungsmittel im DHH 2026/2027 etatisiert sind. Mittelfristig wird eine Sanierung angestrebt. Beschlussvorschlag: Die bisherige Vorgehensweise bleibt bestehen. Die Planung wird vorangetrieben, sodass mittelfristig eine Sanierung erfolgen kann.
10	Neubau Aussegnungshalle Verweis auf vertragliche Verpflichtung gem. Eingliederungsvertrag vom 25.09.1971	mind. 1 bis 2 Mio.€ (von OV angemeldet: 200 T€)	Anlage 8 Nr. 67	<u>Zum Verweis auf die vertraglichen Verpflichtungen des Eingliederungsvertrags vom 25.09.1971 ein grundsätzlicher Hinweis:</u> Haushaltsanträge, die sich auf über 50 Jahre alte Zusagen in Eingemeindungsverträgen beziehen, müssen auch darauf geprüft werden, ob die damals als wichtig empfundenen Maßnahmen im heutigen Kontext noch sinnvoll sind. Umfassende Entwicklungen in allen 11 Ortsteilen haben zu neuen Beurteilungsgrundlagen und/oder anderen Prioritätensetzungen geführt. <u>Aus diesem Grund bleibt die Verwaltung bei der Stellungnahme aus der Einbringungsvorlage:</u> Bei durchschnittlich 10 Bestattungen pro Jahr in Waltersweier stehen die Kosten einer Aussegnungshalle nicht im Verhältnis. Trauerfeiern können in der örtlichen Kirche wie auch im Foyer der Halle abgehalten werden. Aufbahrungen können in den Räumlichkeiten Weingartenfriedhof statt finden unabhängig vom Ort der Beisetzung. Beschlussvorschlag: Es erfolgt keine Etatisierung.
11	Restauration von 4 Flurkreuze Budgetmittel reichen für die Maßnahme nicht aus. Alternative Möglichkeiten zur Erhaltung werden gefordert.	30 T€	Anlage 8 Nr. 68	Die Sanierung der Flurkreuze erfolgt, wie üblich, zum Teil aus OV-Budgetmitteln. Eine Teilfinanzierung kann über Zuschüsse der Kulturstiftung Offenburg erfolgen, wie bereits in anderen Ortschaften erfolgt. Die Zuschussanträge sind rechtzeitig zu stellen. Beschlussvorschlag: Die Restauration der Flurkreuze kann über OV-Mittel sowie über ergänzend zu beantragende Zuschüsse erfolgen.
12	Baumpflanzung Römerstraße Baumpflanzungen <u>südlich</u> der Ortschaft ohne Eingriff in den Straßenraum	128 T€	Anlage 8 Nr. 69	Baumstandorte werden immer gesucht. Die Verwaltung wird in den nächsten Monaten die vorgeschlagenen Standorte außerhalb der Ortslage prüfen und auf die Ortsverwaltung zugehen. Beschlussvorschlag: Die Verwaltung erarbeitet mit der Ortschaft mögliche Standorte ohne Eingriffe in den Straßenkörper.
13	Neuanschaffung Tontechnik Freihof-Halle Budgetmittel reichen für die Maßnahme nicht aus. Es sollen gemeinsam Möglichkeiten zur Erneuerung gesucht werden.	30 T€	Anlage 8 Nr. 70	Üblicherweise werden solche Anschaffungen aus OV-Budgetmitteln und vorhandene Budgetüberträgen finanziert. Derweil gibt es kostengünstige Varianten, die den heutigen Standards gerecht werden. Die Verwaltung berät gerne, wie Finanzierungsmöglichkeiten aussehen könnten. Beschlussvorschlag: Die Beschaffung kann über OV-Mittel erfolgen.
Weier				
14	Umgestaltung des Hallenparkplatzes Priorisierung der Maßnahme aufgrund des schlimmen Zustandes	550 T€	Anlage 8 Nr. 72	Eine grundsätzliche Umgestaltung ist bestimmt wünschenswert, aber derzeit in Hinblick auf andere Maßnahmen nicht prioritär. Sofern verkehrssichernde Maßnahmen erforderlich sind, werden diese über das Straßensanierungsbudget vorgenommen. Beschlussvorschlag: Die bisherige Priorisierung bleibt unverändert. Die Diskussion hierüber soll ggf. im Rahmen der Fraktionsanträge geführt werden - s. Anlage 4, lfd. Nr. 1
15	Sanierung der Hubertusstraße im Bereich 1a/1b Straße ist in einem schlechten baulichen Zustand, da die Straßenentwässerung nicht funktioniert bzw. die Straße ein falsches Profil aufweist.	ohne Betrag	Anlage 8 Nr. 76	Aus Sicht der Verwaltung besteht derzeit keine unmittelbare Verkehrsgefährdung, sodass eine Sanierung des betroffenen Bereichs in den kommenden zwei Jahren nicht zwingend erforderlich ist. Maßnahmen zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit und Funktion der Straße werden selbstverständlich kontinuierlich umgesetzt. Eine Begehung vor Ort ist vorgesehen, um nach Lösungen und einer zeitlichen Priorisierung zu suchen. Die Verwaltung schlägt vor, die Maßnahme zum Doppelhaushalt 2028/2029 neu zu bewerten. Beschlussvorschlag: Die Maßnahme wird zum DHH 2028/2029 neu bewertet.
16	Waltersweier/Weier Lärmschutzmaßnahmen an der BAB Priorisierung der Maßnahme soll erfolgen	50 T€	Anlage 8 Nr. 77	Für sinnvolle Lärmschutzmaßnahmen an der BAB bedarf es zunächst eine Machbarkeitsstudie und ein Lärmgutachten. Erforderliche Mittel sind im DHH 2026/2027 enthalten. Beschlussvorschlag: Die bisherige Vorgehensweise bleibt bestehen. Zunächst folgt eine Machbarkeitsstudie und ein Lärmgutachten. Die Diskussion hierüber soll ggf. im Rahmen der Fraktionsanträge geführt werden - s. Anlage 4, lfd. Nr. 2

DHH 2026/2027 - Zusatzanträge der Ortschaftsräte - Stellungnahme der Verwaltung

Lfd. Nr.	Maßnahme und Antrag (in Kurzform)	beantragte Mittel	GR-Vorlage 15.12.2025 Anlage/lfd.Nr.	vorläufige Stellungnahme der Verwaltung und ggf. Beschlussvorschläge
Windschlag				
17	Bau Nahwärmenetz Windschlag Kita Schule Maßnahme soll vorgezogen werden, da es Probleme mit der Heizung in der Sporthalle gibt	850 T€	Anlage 6 Nr. 85	Die Sporthalle kann entgegen vorausgegangener Annahmen in das Nahwärmenetz eingebunden werden, wodurch die Energiezentrale größer geplant werden muss und zusätzlicher Mittelbedarf entsteht. Aktuell stehen 100 T€ als Planungsrate zur Verfügung. Eine Umsetzung und Finanzierung der tatsächlichen Projektkosten soll in Stufe II erfolgen. Bis dahin muss die Funktionsfähigkeit der Heizung aufrechterhalten werden, wie in allen anderen Gebäuden auch. Beschlussvorschlag: Die Mittel verbleiben in Stufe II.
Zell-Weierbach				
18	Kauf der Immobilie Weingartenstr. 173 und die anschließende Errichtung eines Kreisverkehrs Maßnahme soll weiterverfolgt werden	500 T€	Anlage 8 Nr. 96	Der Erwerb der Immobilie Weingartenstraße 173 wurde mit der Vorlage DS 051/25 im GR behandelt und mehrheitlich abgelehnt. Neue Sachverhalte, die zu einer veränderten Prioritätensetzung oder Entscheidung führen, haben sich aus Sicht der Verwaltung nicht ergeben. Beschlussvorschlag: Es erfolgt keine Etatisierung. Die Diskussion hierüber soll ggf. im Rahmen der Fraktionsanträge geführt werden - s. Anlage 4, lfd. Nr. 3.
19	Fortführung des Nachhaltigkeitskonzepts der gemeindeeigenen Liegenschaften und der privaten Liegenschaften im öffentlichen Interesse in Zell-Weierbach Einstellen einer Planungsrate von 50 T€	50 T€	-	Für die Erstellung bzw. Fortführung des Nachhaltigkeitskonzepts der gemeindeeigenen Liegenschaften und der privaten Liegenschaften im öffentlichen Interesse in Zell-Weierbach stehen Restmittel aus Vorjahren zur Verfügung. Die Maßnahme läuft. Weitere bzw. zusätzliche Mittel sind nicht erforderlich. Beschlussvorschlag: Es sind keine zusätzlichen Mittel erforderlich, da Restmittel zur Verfügung stehen. Es verbleibt bei der bisherigen Planung.
Zunsweier				
20	Erneuerung der Küche in der Sporthalle als multifunktionale Gemeinschaftsfläche Küche entspricht nicht mehr den Hygienestandards, ist in schlechtem Zustand und muss dringend ersetzt werden.	100 T€	Anlage 8 Nr. 105	Bis zur Fertigstellung des Mensa-Neubaus stehen der Schule keine eigenen Räumlichkeiten zur Verfügung. Daher ist sie weiterhin auf die Nutzung des Foyers und der Küche in der Sporthalle angewiesen. Bis dahin soll an der jetzigen Situation nichts geändert werden. Zum DHH 2028/29 ist die Situation ggf. neu zu bewerten. Beschlussvorschlag: Die Maßnahme wird zum DHH 2028/2029 neu bewertet.
21	Sanitäranlage für den Mehrgenerationenplatz Außen-WC soll in den neuen Mensa-Anbau integriert werden und damit sowohl von Schul- und Kindergartenkindern beim Spielen im Außenbereich als auch von Besuchern des Mehrgenerationenplatzes genutzt werden können.	10 T€	Anlage 8 Nr. 106	Ein Außen-WC entspricht nicht den üblichen Standard. Die Erfahrungen an anderen Standorten (Gifz, Sauweide) zeigen, dass solche Einrichtungen häufig nicht dauerhaft erhalten bleiben und regelmäßig Ziel von Vandalismus werden. Darüber hinaus verursachen sie hohe Unterhaltungskosten, die in einem sehr ungünstigen Verhältnis zum Zusatznutzen stehen. Dies gilt auch bei einer Integration in den neuen Mensa-Anbau - dies ist in den aktuellen Planungen auch nicht vorgesehen. Sollte dennoch Bedarf an einer Toilettennutzung bestehen, sind von der Ortschaft organisatorische Lösungen in Verbindung mit bereits vorhandenen Anlagen zu finden. Beschlussvorschlag: Es erfolgt keine Etatisierung. Organisatorische Lösungen in Verbindung mit bereits vorhandenen Anlagen sind bei Bedarf von der Ortschaft zu finden.